

Bericht in der türkischen Zeitung „Milliyet“, Ausgabe vom Montag, den 19.01.2009, über den FDP-Europaparteitag: Interview mit Alexander Graf Lambsdorff

Mehmet Aktan, Berlin

Das Wahlrecht haben wir vor 10 Jahren gefordert

Der Europaabgeordnete Lambsdorff - einer der Schwergewichte in der Liberalen Fraktion des Europäischen Parlaments - sagte, seine Partei setze sich dafür ein, Türken ein kommunales Wahlrecht einzuräumen, ein vor 10 Jahren erarbeiteter Vorschlag sei aber am Grundgesetz gescheitert.

Text auf dem Rednerpult:

Während Alexander Graf Lambsdorff auf dem Parteitag sprach, hörten der FDP Bundesvorsitzende Guido Westerwelle und der Generalsekretär Dirk Niebel ihm aufmerksam zu.

Der Europaabgeordnete und Berichterstatter der Fraktion der Liberalen (ALDE) für die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU, Alexander Graf Lambsdorff, sagte, seine Partei setze sich dafür ein, Türken ein kommunales Wahlrecht einzuräumen, ein vor 10 Jahren erarbeiteter Gesetzesentwurf habe aber wegen Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz nicht verabschiedet werden können.

Die Freie Demokratische Partei (FDP) hat vorgestern auf einem Parteitag in Berlin ihre Kandidaten für die im Juni stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament nominiert. Einer der Kandidaten ist Alexander Graf Lambsdorff, der Sohn¹ des bekannten FDP-Politikers Otto Graf Lambsdorff. Der 2004 als einer von 7 Abgeordneten ins Europäische Parlament einziehende Lambsdorff wurde vorgestern auf Listenplatz 2 als Europakandidat wiedergewählt.

Lambsdorff gab nach seiner Wahl der „Milliyet“ ein Exklusivinterview. Lambsdorff unterstrich, daß in Deutschland lebende Türken ein kommunales Wahlrecht erhalten sollten, und machte darauf aufmerksam, daß die FDP als erste Partei zu diesem Thema einen Vorschlag vorbereitet habe. Lambsdorff sagte: „Auf unserem Bundesparteitag 1998 in Bonn-Bad Godesberg wurde unser Antrag, seit langem in Deutschland lebenden Nicht-EU-Ausländern kommunales Wahlrecht einzuräumen, angenommen. Also, wir haben das vor 10 Jahren empfohlen. Aber es gibt ein Problem mit dem Grundgesetz. Kommunales Wahlrecht ist an die deutsche Staatsbürgerschaft gebunden. Vielleicht kann das geändert werden, das wünsche ich mir, aber nach der jetzigen Grundgesetzfassung ist das nicht möglich.“

Integrationsministerium für die FDP

Auf die Frage „Die ehemaligen Ausländerbeauftragten, die FDP-Politikerinnen Lieselotte Funcke und Cornelia Schmalz Jacobsen setzten sich engagiert für die Belange der Migranten ein, manches Mal auch offensiv gegenüber dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl. Die jetzige Beauftragte für Integration und Migration, Staatsministerin Maria

¹ Alexander Graf Lambsdorff ist der Neffe von Otto Graf Lambsdorff.

Böhmer (CDU) hingegen wird dafür kritisiert, sie vertrete eher die Regierung statt die Migranten. Wie stehen Sie zu diesem Thema?“ antwortete Lambsdorff: „Es zeigt sich, daß es besser ist, wenn FDP-Politiker die Verantwortung für diese Aufgabe übernehmen. Ich kenne Frau Funcke und Frau Jacobsen sehr gut. Beide waren mutige, Dinge offen bei ihrem Namen benennende, herausragende Politikerinnen. Die kluge Politik dieser beiden Politikerinnen sollte man auch von Frau Böhmer erwarten dürfen.“

Ich wünsche mir noch mehr Altintops

Auch an türkische Jugendliche richtete Graf Lambsdorff einige Empfehlungen: „Es ist sehr schön, mehr als eine Heimat zu haben. Aber es ist sehr wichtig, die deutsche Gesellschaft gut zu kennen, gut Deutsch zu sprechen und sich in dieser Gesellschaft zurechtzufinden. So wie es gut integrierte junge Menschen gibt, gibt es auch welche, die den Hauptschulabschluß nicht geschafft haben. Ich wünsche mir mehr „Altintops“ in unserer Gesellschaft und, daß sie in der deutschen Fußball-nationalmannschaft spielen.

Das Reformtempo in der Türkei ist langsam

Der letzte Fortschrittsbericht zum EU-Beitritt der Türkei sei enttäuschend, sagte Lambsdorff und ergänzte:“ Das Reformtempo in der Türkei hat sich stark verlangsamt. Wir haben den Eindruck, daß einer der Gründe dafür die bevorstehenden Kommunalwahlen im März sind. Außerdem gibt es die Debatte über Ergenekon. Allerdings sind auch einige positive Entwicklungen zu verzeichnen. Wie z.B. die Fernsehübertragungen in kurdischer Sprache. In Gesprächen mit Parteien und diversen Organisationen in der Türkei stellen wir fest, daß es gegensätzliche Auffassungen gibt. Alle Parteien sagen von sich selbst, sie seien für die EU-Mitgliedschaft der Türkei, und von den jeweils anderen Parteien, diese seien dagegen.“ Lambsdorff sprach auch die Zypern-Frage an: „Wir hoffen, daß Ankara für eine Lösung auf Zypern eine sehr konstruktive Rolle spielen wird, erwarten aber auch von Nikosia einen konstruktiven Beitrag.“

Stipendien für junge Menschen

Die Generalsekretärin der Liberalen Türkisch-Deutschen Vereinigung (LTD), Kerstin Laabs, erklärte auf dem Parteitag, daß begabte türkeistämmige Studierende, die sich für Politik und für die FDP interessierten, von der „Friedrich-Naumann-Stiftung“ ein Stipendium erhalten könnten. „Engagierte türkeistämmige Abiturienten und Studenten, die sich für politische und gesellschaftliche Themen interessieren und liberalen Gedanken nahe stehen, können sich für Stipendien bewerben. Die jungen Menschen können neben der finanziellen Förderung an diversen Seminaren teilnehmen und etliche Unternehmen kennenlernen sowie ihre Persönlichkeit weiterentwickeln“, sagte sie.

Übersetzung: Kerstin Laabs

www.ltd-ev.de